

mit uns



AUGUST 2001

ZEITSCHRIFT FÜR DIE
NICHTWISSENSCHAFTLICHEN
MITARBEITERINNEN
DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN



GESPRÄCH MIT FRAU TOELLNER-BAUER



ABTEILUNG 41 – PERSONALANGELEGENHEITEN DER BEAMTEN



IDEENWETTBEWERB

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

der Sommer ist da und sicher ist der eine oder andere unter Ihnen froh, daß die Semesterferien begonnen haben und es im Unibetrieb wieder etwas ruhiger wird. Sicher, es gibt auch Bereiche in der Uni, wo gerade jetzt besonders viel los ist und die vorlesungsfreie Zeit kaum zu spüren ist. Der Arbeitsplatz Universität ist so vielschichtig, daß man unmöglich für alle Bereiche allgemeingültige Regelungen aufstellen kann. Diese Vielfalt zu zeigen und die unterschiedlichsten Arbeitsplätze und Personen vorzustellen, war ein Ziel von „mit uns“. Dieses Ziel wird auch in dieser Ausgabe mit dem Beitrag von Herrn Mondt – 40 Jahre Leben mit der Forschung – fortgesetzt.

Auch über das Interview mit Frau Toellner-Bauer, der Vertreterin der weiteren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Senat (so werden die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nach der letzten Novelle des Hochschulgesetzes genannt) habe ich mich sehr gefreut. Es ist eine gute Gelegenheit, Ihre Senatsvertreterin und ihre Ziele – wie auch die Senatsarbeit – einmal vorzustellen.

Ein besonderes Ereignis war die Preisverleihung beim Ideenwettbewerb zum Neubau eines Studierenden-Servicecenters, die in den letzten Tagen des Sommersemesters stattgefunden hat. Studierende des Fachbereichs Architektur der Fachhochschule Köln haben Ideen für die Gestaltung eines Neubaus auf den Parkplätzen südlich des Universitätshauptgebäudes entwickelt. Über den Wettbewerb und den aktuellen Stand des Bauprojektes „Studierenden-Servicecenter“ berichten wir ebenfalls ausführlich in dieser Ausgabe. Übrigens, die Wettbewerbsbeiträge – Modelle, Pläne und Zeichnung - sind z. Zt. noch auf dem Kanzlerflur ausgestellt. Einen ersten Eindruck vermitteln aber auch unsere Fotos.

Gerne wollen wir auch eine Idee aus dem Leserkreis aufgreifen und die Geschichte der Universität in kurzen Abschnitten und in lockerer Folge darstellen. Denn seien wir ehrlich – wer hat die sicherlich exzellente Darstellung der Geschichte der Universität unseres hoch anerkannten, inzwischen emeritierten Professors für Mittlere und Neuere Geschichte und langjährigen Leiters des Universitätsarchivs, Prof. Dr. Erich Meuthen, gelesen? Interessieren werden sich aber viele für das Thema und so soll hier die Gelegenheit ergriffen werden, die interessantesten Abschnitte der Universitätsgeschichte nachzulesen.

Eine andere Idee, die wir vielleicht künftig einmal realisieren wollen, wäre die Veröffentlichung alter Universitätsfotos. Leider gibt es vielfach kaum noch Informationen zu den dort abgebildeten Motiven. Wir hoffen, daß sich einige von Ihnen erinnern werden und uns erläutern, was dort zu sehen ist.

Außerdem möchte ich in dieser Ausgabe auch den Gewinner des Fotowettbewerbs vorstellen. Leider hatte die Ausschreibung des Wettbewerbs nicht die erhoffte Resonanz, um so mehr freue ich mich, daß wir ein ausgezeichnetes Foto prämiieren können. Seien Sie gespannt auf das Gewinnerfoto.



Nun wünsche ich Ihnen allen, den Urlaubern und den Daheimgebliebenen, einen schönen Sommer und viel Spaß beim Lesen.

Ihr Dr. J. Neyses

Inhalt

Seite 8:
Abteilung 41



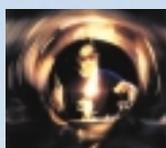
Seite 14:
40 Jahre Leben
mit der Forschung



Seite 16:
Ideenwettbewerb – Neubau
eines Studierenden-Service-Center



Seite 18:
Das Siegerfoto ist prämiert!



EDITORIAL 2

„FÜR EINE NEUE KULTUR DES MITEINANDER“ 4

SGB IX – REHABILITATION UND TEILHABE
BEHINDERTER MENSCHEN – TRITT IN KRAFT 7

ABTEILUNG 41, PERSONALANGELEGENHEITEN DER BEAMTEN 8

DIE GESCHICHTE DES STIFTUNGSWESENS 10

GESCHICHTE DER UNIVERSITÄT 12

40 JAHRE LEBEN MIT DER FORSCHUNG 14

NEUBAU EINES STUDIERENDEN-SERVICE-CENTER 16

FOTO-WETTBEWERB 18

INFOS/LESERBRIEF 19

WIR GRATULIEREN 19

HERAUSGEBER: Der Kanzler der Universität zu Köln, Dr. Johannes Neyses

REDAKTION: Alois Emt, Irmgard Hannecke-Schmidt,
Horst Klindtworth, Bernd Kranski, Holger Schmieschek

MITARBEITERINNEN DIESER AUSGABE: Elke Görgens, Meike Hauser,
Horst Klindtworth, Bernd Kranski, Dr. Kirsten Mallossek, Robert Marxen,
Matthias Mondt, Dieter Plasil, Walburga Wolters

GESTALTUNG: Wolfgang Diemer, Köln

DRUCK: Reiner Winters, Wissen

ANSCHRIFT: Redaktion der Zeitschrift für
die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen
Universität zu Köln
Albertus-Magnus-Platz
50923 Köln

e-mail: ma.zeitschrift@verw.uni-koeln.de
ERSCHEINUNGSWEISE: sechsmal im Jahr

„Für eine neue Kultur“

Nicht wenige Leserinnen und Leser von „mit uns“ werden den Senat der Universität möglicherweise nur vom Hörensagen kennen. Gleiches dürfte für unsere Gruppenvertreterin in diesem zentralen universitären Organ gelten.

Man könnte den Senat im weitesten Sinne als das „Parlament“ einer Hochschule bezeichnen, während das Rektorat – um im Bild zu bleiben – mit einer „Regierung“ vergleichbar wäre. Diese Vergleiche mögen hinken, zeigen aber dennoch die zwei wesentlichen Entscheidungsebenen im Zentralbereich der Universität, die die ihnen zugewiesenen Funktionen im Rahmen der Selbstverwaltung wahrzunehmen haben. Welche Aufgaben obliegen nun dem Senat einer Universität?

Als eine der vornehmsten Aufgaben des Senats sieht das Hochschulgesetz die Wahl einer Rektorin oder eines Rektors sowie der Prorektorinnen und Prorektoren vor. Dies geschieht jeweils im Turnus von vier Jahren. Das gegenwärtige Rektorat, bestehend aus dem Rektor, einer Ersten Prorektorin, zwei Prorektoren und dem Kanzler als einzigem ständigen Mitglied, amtiert seit dem 1. April 2001, so daß eine planmäßige Neuwahl erst im Wintersemester 2004/2005 ansteht.

Eine weitere bedeutsame Aufgabe des Senats besteht in der Entgegennahme des jährlichen Rechenschaftsberichts des Rektorats, der in den vergangenen Jahren auch als gedruckte Broschüre erschien und damit zusätzlich der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

In die Zuständigkeit des Senats fällt überdies der Erlass von Rahmenordnungen und Ordnungen für die gesamte Universität sowie die Abgabe von Empfehlungen und Stellungnahmen in Angelegenheiten der Forschung, Kunst, Lehre und des Studiums, die die gesamte Universität betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Und nicht zuletzt besitzt der Senat ein Vorschlagsrecht zur Ernennung einer Kanzlerin oder eines Kanzlers, wenn eines fernem Tages der derzeitige Universitätskanzler, Herr Dr. Neyses, in den wohlverdienten Ruhestand treten wird.

Da den insgesamt rund 5.600 weiteren (nichtwissenschaftlichen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universität nach unserer Grundordnung (§ 12 Abs. 1) lediglich ein Sitz zufällt, erreichte die Liste der Medizinischen Einrichtungen im Januar 2000 aufgrund höherer Stimmenzahl dieses Mandat. Der obenstehende Überblick sollte auch dazu beitragen, die Funktion unserer derzeitigen Gruppenvertreterin im Senat, Frau Ulrike Toellner-Bauer (Universitätsklinikum), besser zu verstehen. Im Falle ihrer Verhinderung wird Frau Toellner-Bauer durch Herrn Volker Hess oder Herrn Michael Weinz (beide Universitätsklinikum) vertreten.

Das folgende Gespräch mit Senatorin Ulrike Toellner-Bauer wurde nach der Sitzung des Senats vom 13. Juni 2001 geführt.

Frau Toellner-Bauer, Sie gehören dem Senat der Universität seit dem 1. April 2000 an, inzwischen also seit mehr als einem Jahr. Was sollte man aus ihrer Sicht bei der praktischen Senatsarbeit verändern oder verbessern? Die Kommunikationsstrukturen! Jeder Mitarbeiter der Universität leistet einen Beitrag zum Gelingen der unterschiedlichsten Aufgaben in einer so großen Institution. Vielen Mitarbeitern ist aber die Bedeutung ihrer Tätigkeit für die Bewältigung dieser Aufgaben nicht bewußt, da sie meistens nur einen kleinen Ausschnitt des Gesamtkonstrukts überblicken. Oft wird auch der Blick für das Wesentliche durch viele kleine und große Hindernisse in der täglichen Arbeit versperrt. Die meisten Mitarbeiter sind zu wenig informiert über neue Herausforderungen, die die gesamte Universität betreffen. Viele Mitarbeiter werden von Umstrukturierungen geradezu überrascht. Sie finden sich nicht selten in der Rolle der Reagierenden wieder, nicht aber in der Rolle der Agierenden. Das führt häufig zu Resignation. Vorteilhaft wären mehr Informationsforen, die in den Arbeitsalltag integriert wären. Dies würde mehr Möglichkeiten bieten, sich auf Veränderungen frühzeitig einzustellen. So könnte sich eine neue Kultur des Miteinander etablieren. Das sehe ich als eine wesentliche Aufgabe der Senatsarbeit an, diese Informationskultur zu ermöglichen und selbst zu praktizieren.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den weiteren (nichtwissenschaftlichen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den sonstigen universitären Gremien und Kommissionen?

Als Senatorin habe ich versucht, alle weiteren Mitarbeiter aus den einzelnen Fakultäten und des ehemaligen Konvents zwei Tage vor der Senatsitzung einzuladen, um mit ihnen die Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzungen zu besprechen und sie um ein Votum für mein Abstimmungsverhalten zu bitten. Diese Einrichtung hat großen Anklang gefunden, wurde aber bei weitem nicht so genutzt, wie ich es mir gewünscht hätte. Über die Gründe kann ich nur spekulieren. Meine Vermutung ist, daß ein möglicher Grund die Erfahrung der weiteren Mitarbeiter ist, daß ihre Beobachtungen und Veränderungswünsche nicht ins Gewicht fallen. Ein weiterer Grund könnte sein, daß man im Alltag erfahren hat, daß man mit der Bewältigung von Problemen auf sich allein

ltur des Miteinander“

Das Gespräch mit Frau Toellner-Bauer führte Robert Marxen.

gestellt ist. Durch die Veränderungsteams in den Kliniken haben wir zum Beispiel die Erkenntnis gewonnen, daß diese beiden Gründe ausschlaggebend dafür waren, daß sich Mitarbeiter auch zu wichtigen, ihr Arbeitsfeld betreffenden, Fragen nicht zu Wort gemeldet haben. Wir haben aber auch erfahren, daß allein die Etablierung eines Kommunikationsforums dazu beigetragen hat, daß viele Berufsgruppen mit den gleichen Problemen konfrontiert sind. Die gemeinsamen Lösungsstrategien setzten nicht nur Synergieeffekte frei, sondern führten auch zu wirklichen Veränderun-

gen. Ich würde mir wünschen, daß alle weiteren Mitarbeiter der Universität zu Köln ähnlich positive Erfahrungen sammeln könnten.

Das neue Hochschulgesetz, das im April des vergangenen Jahres in Kraft getreten ist, läßt den Hochschulen mannigfache Möglichkeiten zur eigenständigen Regelung von organisatorischen Einzelheiten. In welchen Bereichen sehen Sie Möglichkeiten für positive Veränderungen zu Gunsten der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Von links: Michael Weins (EDV in der Pflege/Klinikum), Gabriele Maß (Dipl.-Bibl. Dipl.-Soz. Historisches Seminar), Ulrike Toellner-Bauer (Ref.-Leiterin Pflegedienst/Klinikum) und Volker Hess (Pflegedienstleitung/Klinikum)



„Für eine neue Kultur des Miteinander“

Über den „Qualitätspakt“ (einer Vereinbarung zwischen den Hochschulen und dem Ministerium, R.M.) sind die Fakultäten aufgerufen, ebenfalls Synergieeffekte zu nutzen und gemeinsame ökonomische Entscheidungen zu treffen. Das neue Hochschulgesetz bietet auch hier die Möglichkeit, etwa durch die Deregulierung zentral vorgeschriebener Bestimmungen, grundlegende Veränderungen des Systems zu etablieren. Hier gilt im Prinzip das Gleiche wie für die neuen Herausforderungen an das Universitätsklinikum.

Auch ein so komplexes System wie die Universität muß lernen, sich als eine Organisation zu verstehen, in der sich Strukturen und Abläufe ändern müssen. Nur so kann ein gemeinsames Ziel verfolgt werden. Dazu bedarf es, analog zu den Herausforderungen an das Universitätsklinikum, einer neuen Kommunikationsstruktur und Kultur im Umgang miteinander.

Die Neuerungen des Hochschulgesetzes sind ein Indiz dafür, daß sich nun auch die Rahmenbedingungen für eine neue „Gesellschaftsform“ ändern. Wir verlassen die hierarchischen Strukturen der Industriegesellschaft und müssen nun für die Belange einer Kommunikationsgesellschaft neue Strategien entwickeln. Die Grenzen zwischen Arbeitswelt und privatem Bereich verwischen sich aufgrund der neuen Kommunikationsmöglichkeiten immer mehr. Damit ändern sich aber auch die Sichtweisen auf das eigene Arbeitsfeld. Mitarbeiter wollen mehr als „Personen“ und nicht nur in ihrer Funktion wahrgenommen werden, sie möchten sich mit ihrer persönlichen und beruflichen Kompetenz in ihrem Arbeitsfeld einbringen. Das setzt voraus, daß ihre Beiträge eingefordert und sie auch mit in die Verantwortung genommen werden. Dies empfinde ich als positive Veränderung zu Gunsten der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität.

Sehen Sie in einer möglichen, viertelparitätischen Zusammensetzung des erweiterten Senats, der die künftige Grundordnung für die Universität zu beschließen hat, optimalere Mitwirkungsmöglichkeiten auch für unsere Mitgliedergruppe?

Die viertelparitätische Zusammensetzung des neuen erweiterten Senats wäre ein wichtiger Schritt. Natürlich reicht das nicht aus. Es müssen weitere Entscheidungsforen eingerichtet werden. Dies fängt damit an, daß Mitarbeiter sich in den einzelnen Fakultäten Gehör verschaffen, sich an der internen Gremienarbeit beteiligen und regelmäßig ein Meinungsbild ihrer Berufsgruppe zu einzelnen Fragestellungen einholen. Wie schwer das ist, erfahren Frau Maß und ich als Mitglieder in der Senatskommission zur Anpassung der Grundordnung an das seit April 2000 geltende Hochschulgesetz. Dennoch hoffe ich, daß jeder Mitarbeiter auch die bisherigen Möglichkeiten nutzt und sich über die Belange des eigenen Arbeitsplatzes hinaus informiert. Die Optimierung der Informationssysteme, der Entscheidungsmöglichkeiten und damit der aktiven Mitwirkung in wichtigen Fragestellungen von der Basis aufwärts sollte in Zukunft möglich und selbstverständlicher werden.



Information der Schwerbehin- dertenvertretung

Rehabilitation und Teilhabe
behinderter Menschen tritt in Kraft.

Von H. Heimes

Der Deutsche Bundestag hat in zweiter und dritter Lesung das Neunte Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) verabschiedet und der Bundesrat hat dem neuen SGB IX am 11. Mai 2001 zugestimmt. Die Regelungen, die bisher in verschiedenen Gesetzen verstreut waren, wurden im Neunten Buch des Sozialgesetzbuches zusammengefaßt. Auch das bisherige Schwerbehindertengesetz geht darin auf.

Zielsetzung ist:

Behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen nach diesem Gesetz mit Leistungen zu versorgen, um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.

Hierbei soll besonders den Bedürfnissen behinderter und von Behinderung bedrohter Frauen und Kindern Rechnung getragen werden.

Das Sozialgesetzbuch gliedert sich auf in 14 Kapitel:

Das alte Behindertenrecht findet sich wieder ab dem Kapitel 2, untergliedert in Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber, Kapitel 3, sonstige Pflichten der Arbeitgeber, Rechte der schwerbehinderten Menschen, Kapitel 4, Kündigungsschutz, Kapitel 5, Betriebs-, Personalräte, Schwerbehindertenvertretung und Beauftragte des Arbeitgebers. Kapitel 6, hier wird die Durchführung der besonde-

ren Regelung zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen geregelt. Kapitel 7, neu hinzu gekommen sind die Integrationsfachdienste. Kapitel 8, hier wird die Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen angesprochen. Kapitel 9, Widerspruchverfahren und Verfahrensvorschriften. Kapitel 10, behandelt sonstige Vorschriften, z. B. Nachteilsausgleiche, Mehrarbeit, Zusatzurlaub usw. Kapitel 11, Integrationsprojekte. Es handelt sich hier um rechtliche und wirtschaftlich selbständige Unternehmen zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt auf Grund von Art und Schwere der Behinderung trotz Ausschöpfung aller Fördermöglichkeiten auf Schwierigkeiten stößt. Kapitel 12, regelt die Aufgaben der Werkstätten für behinderte Menschen. Kapitel 13, die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr wird hier geregelt. Kapitel 14, Straf- und Bußgeld sowie Schlußvorschriften. Hier sind z. B. die Ordnungswidrigkeiten, früher § 68 Schwerbehindertengesetz, aufgeführt.

In den nächsten Ausgaben von „mit uns“ möchte ich etwas ausführlicher zu den einzelnen Kapiteln Stellung beziehen.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die Bezeichnung „Schwerbehindertenvertretung“ geblieben, dagegen die Bezeichnung „Vertrauensmann, -frau“ in „Vertrauensperson“ umbenannt worden ist.

Abteilung 41 – Perso

Von Dieter Plasil

Ich möchte in dieser Ausgabe versuchen, die vielfältigen Aufgaben der Abteilung 41 möglichst verständlich und interessant in groben Umrissen darzustellen.

Viele Leser werden im Moment denken, mein Gott, wie langweilig, da werden nur die Beamtinnen und Beamten der Universität betreut und „verwaltet“. Das interessiert mich wenig oder gar nicht! Aber weit gefehlt: Das Aufgabenspektrum ist weit gefächert, die Tätigkeiten haben Auswirkungen in alle Bereiche der Universität, sei es für das Rektorat, die Fakultäten der Universität, die Zentralen Einrichtungen, aber auch die Dezernate und Abteilungen der Universitätsverwaltung. Ohne auf alle Sachgebiete im Detail eingehen zu wollen – dies wäre zu umfangreich –, möchte ich einige wichtige Aufgabenbereiche der Abteilung 41 – Personalangelegenheiten der Beamten –, die Sie hier sicherlich gar nicht vermuten werden, darstellen:

Haushaltsplan (Stellenteil) einschl. Stellenplan der Universität – Kapitel 05 131

Von den beim Kapitel 05 131 im Haushaltsplan 2001 ausgewiesenen Gesamtausgaben in Höhe von 411.733,00 DM entfallen allein auf Personalmittel 323.017.200 DM, mithin mehr als 78 % aller Ausgaben.

Eine der wichtigen Aufgaben der Abteilung 41 ist die Erstellung des Stellenteils zum jeweiligen Beitrag der Universität zum Haushaltsplanentwurf des Landes. Im Stellenteil zum Haushaltsplanentwurf finden mit hoher Priorität versehene Anträge der Institute/Seminare z. B. auf Zuweisung neuer Stellen und höherwertiger Stellen Aufnahme. Dargestellt werden müssen aber auch z. B. Stellenabgänge im Zusammenhang mit bereits im Haushaltsplan ausgewiesenen kw-Vermerken (künftig wegfallend).

Die Abteilung 41 verwaltet den kompletten Stellenplan der Universität mit Ausnahme der Medizinischen Einrichtungen. Welche Bedeutung dies für die Universität insgesamt hat, wird daraus erkennbar, wenn man weiß, daß jede Personalmaßnahme – sei es eine Einstellung, Ernennung, Höhergruppierung, Beförderung, Beurlaubung, Vertretung, Versetzung in den Ruhestand etc. – vor ihrer Durchführung dem Stellenplan vorzulegen ist, der bestätigen muß, daß die für die vorgesehene Personalmaßnahme erforderliche Stelle auch zur Verfügung steht. Erst mit dieser Bestätigung kann die Personalmaßnahme realisiert und durchgeführt werden.

Welche Stellenzahl weist nun der Haushaltsplan der Universität aus? Der Haushaltsplan 2001 führt 1118 Planstellen für Beamte



auf – davon 977 des höheren Dienstes -, 109 für den gehobenen Dienst und 32 für den mittleren Dienst; hinzu kommen 1187 Stellen für Angestellte (davon 337 Stellen des wissenschaftlichen Dienstes), 241 Stellen für Arbeiter und 140 Stellen für Auszubildende. Hinzukommen 44 Planstellen für abgeordnete Beamte. Zusammengezählt sind dies insgesamt 2730 Planstellen/Stellen. Hinzukommt, daß eine große Anzahl dieser Stellen für Halbtagskräfte in Anspruch genommen und gerade im Hochschulbereich eine Vielzahl von befristeten Arbeitsverhältnissen abgeschlossen werden, was eine hohe Fluktuation mit sich bringt und zusätzliche Anforderungen an den Stellenplan stellt.

Globalhaushalt

Mit Beginn des Versuches der Finanzautonomie der Hochschulen vor einigen Jahren haben die Hochschulen die Möglichkeit erhalten, freie und besetzbare Planstellen und Stellen der Mittelschöpfung zum Globalhaushalt zuzuführen. Aufgabe der Abteilung 41 ist es nun, jede freie und besetzbare Stelle mit den vom Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung Anfang eines jeden Haushaltsjahres bekannt gegebenen monatlichen Pauschalsätzen zu schöpfen und die so errechneten Haushaltsmittel dem Rektorat, den wissenschaftlichen und Zentralen Einrichtungen oder aber auch der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Vor der Mit-

Personalangelegenheiten der Beamten –



telschöpfung ist in Zusammenarbeit mit dem Stellenplan im Detail u. a. zu prüfen:

- Ist die Stelle überhaupt frei und besetzbar?
- Wird die Stelle evtl. bereits für eine andere Personalmaßnahme in Anspruch genommen und steht somit nicht für die Mittelschöpfung zur Verfügung?
- Ist die Stelle bereits mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) belastet und steht daher nur noch befristet zur Verfügung?
- Liegt nicht doch bereits ein Einstellungsantrag des Professors, der Zentralen Einrichtung oder der Verwaltung vor?

Führt die Prüfung zum Ergebnis, die Stelle kann geschöpft werden, berechnet der Sachbearbeiter die Haushaltsmittel und weist die entsprechenden Anteile dem Rektorat, den wissenschaftlichen Einrichtungen, den Zentralen Einrichtungen oder der Verwaltung zu. Aus den Schöpfungsmitteln des Globalhaushaltes konnten die verschiedensten Personalmaßnahmen finanziert werden, vielfach konnten aber auch die Sachtitel der Universität verstärkt werden.

Beschäftigung von wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften

Für diesen Beschäftigtenkreis kann die Universität im laufenden Haushaltsjahr über 23.849.200 DM verfügen. Hieraus werden ca.

1.500 Beschäftigungsverhältnisse mit wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften finanziert.

Seit der vor einigen Jahren erfolgten Umstellung des bis dahin praktizierten „Stellenprinzips“ auf die Mittelbewirtschaftung müssen die Sachbearbeiter^{innen} der Abteilung 41 für diesen Bereich zusätzliche Aufgaben bewältigen: Insbesondere die Festlegung der voraussichtlichen Personalkosten im Mittelbewirtschaftungssystem erfordert die Vorausberechnung der Kosten für die Beschäftigungsdauer; darüber hinaus werden monatlich die Ist-Zahlen des Landesamtes für Besoldung und Versorgung eingespielt. Größere Abweichungen zwischen der Mittelfestlegung und den Ist-Zahlen des LBV, deren Ursachen vielfältig sind, müssen die Sachbearbeiter^{innen} aufklären. Gegebenenfalls sind die Mittelfestlegungen im Mittelbewirtschaftungssystem zu korrigieren oder aber die Mittelzuweisung ist entsprechend zu erhöhen. Vor einer Änderung nehmen die Mitarbeiter^{innen} vielfach Kontakt mit den betroffenen Instituten/Seminaren oder den Zentralen Einrichtungen der Universität auf.

Abschließend will ich nicht verschweigen, daß natürlich die originäre Personalsachbearbeitung hier in der Abteilung 41 eine ebenso wichtige Rolle spielt: Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben und auf die zu beachtenden umfangreichen gesetzlichen Bestimmungen einzugehen, sei hier aufgezeigt, daß die Abteilung 41 die Personalangelegenheiten

der Professorinnen und Professoren einschließlich der administrativen Abwicklung der Berufungsverfahren, der Gewährung von Forschungsfreisemestern, Beurlaubungen, Professurvertretungen,

des wissenschaftlichen Mittelbaus (wissenschaftliche Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter, Hochschuldozenten und Oberassistenten, Akademische Direktoren und Studiendirektoren im Hochschuldienst, Akademische Oberräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst, Akademische Räte und Studienräte im Hochschuldienst) und

der nichtwissenschaftlichen Beamten der Zentralverwaltung und der Universitäts- und Stadtbibliothek bearbeitet werden; darüber hinaus werden hier die Erteilung der Lehr- und Unterrichtsaufträge erteilt sowie die entsprechenden Zahlungen angewiesen.

Vielleicht habe ich Ihnen mit diesen Ausführungen ein wenig Mut gemacht, sich evtl. auf für Sie geeignete Stellenausschreibungen der Personalverwaltung zu bewerben. Ich bin sicher, daß gerade auch die Personalverwaltung anspruchsvolle, attraktive und abwechslungsreiche Arbeitsplätze bietet.

Die Stadt Köln und

Von Bernd Kranski

Stiftungen in Köln haben eine lange Tradition und sind in Verbindung mit der Universität dieser Stadt auch ein kölnspezifisches Charakteristikum. Dies zeigt sich nicht zuletzt aus der Perspektive einzelner Stiftungen und ihren Stiftern, hat aber sicherlich auch damit zu tun, daß die Universität zu Köln zunächst eine städtische Einrichtung war und erst im Jahre 1953 durch einen entsprechenden Staatsvertrag auf das Land Nordrhein-Westfalen übergang.

Das änderte jedoch nichts an der tiefen Verbundenheit der Kölner Bürger mit „ihrer“ Universität. Schon bei der Wiedergründung mit

Vertrag zwischen dem Preußischen Staat und ihrem Oberbürgermeister als Repräsentanten der Stadt im Jahre 1919 hatten sie ihren Stolz dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie besonders auf die Gründung durch die Bürgerschaft der Stadt hinwiesen. Ferner dokumentierten sie dies auch nochmals im Vorspann der im Jahre 1963 in Kraft getretenen Verfassung für die Universität zu Köln.

Ein weiteres Indiz für die starke Verbundenheit mit dieser Einrichtung und die gewollte Verknüpfung mit Interessen der Stadt findet sich in dem formulierten Willen sowohl im Vertrag von 1919 als auch in der späteren Verfassung. Darin wurde festgelegt,

Die Herakles-Statue im Innenhof der Wiso-Fakultät ist ebenfalls Teil des Stiftungsvermögens der Universität.



„ihre“ Universität

daß die Verwaltung der Universität nicht alleine dem Staat überlassen werden durfte. Vielmehr wurde ein dazu bestimmtes Kuratorium berufen, das die Universität unbeschadet der dem Staat zustehenden Befugnisse durch das entsprechende Ministerium zu verwalten hatte.

Mitglieder dieses Kuratoriums waren neben den eigentlichen Organen der Universität natürlich der Oberbürgermeister und ein zweiter geschäftsführender Vorsitzender, der nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung ernannt wurde. Außerdem waren sieben Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu wählen und drei Persönlichkeiten aus der Zahl der Stifter von Vermögenswerten für die Universität, die durch den Oberbürgermeister als Mitglieder dieser Institution zu ernennen waren, die im übrigen bis zum heutigen Tag – wenn auch in veränderter Zusammensetzung – vorhanden ist.

Die im Vertrag von 1919 festgeschriebenen Aufgaben des Kuratoriums umfaßten u.a. den Haushaltsplan festzustellen, die Verwaltung der Vermögensangelegenheiten, den An- und Verkauf von Grundeigentum oder die Führung bestimmter Universitätsgeschäfte. Dazu gehörte auch die Anstellung des Personals oder die Erstattung von Gutachten zur Gestaltung des Universitätsunterrichts. Interessanterweise wurden diese Rechte grundsätzlich auch nicht durch den Staatsvertrag von 1953 geschmälert, sondern teilweise noch erweitert. So findet sich hier eine Bestimmung, die die Stellungnahme des Kuratoriums zu den Besetzungsvorschlägen der Fakultäten formuliert und die Möglichkeit eröffnet, Bedenken geltend zu machen. Auch können auf Wunsch abweichende Minderheitsäußerungen beigelegt werden

Diese starke und bewußte Verflechtung mit der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern hat sicherlich neben der lokalen Mentalität der hiesigen Bevölkerung dazu geführt, daß die Universität schon sehr früh nach ihrer Wiedereröffnung über eine Vielzahl von Stiftungen und Zuwendungen verfügen konnte. Im einzelnen sind diese heute kaum noch zählbar oder im Grund ihrer Entstehung nachvollziehbar, da es sich um sehr viele und teilweise relativ kleinere Einzelstiftungen oder Spenden handelte. Aber zu allen Zeiten waren es mehr oder weniger bekannte und große Namen, die mit den finanziellen Zuwendungen verbunden waren und ganz bestimmte Zwecke des universitären Lebens aus ihrer Sicht unterstützen und fördern wollten.

Namen wie Bankhaus Stein oder Oppenheim, die Klöckner-Werke, Leybold-Heräus, Felten & Guillaume, Neven DuMont, Louis Hagen oder Leonhard Tietz stehen hierfür und fanden sich auch in eigenen unselbständigen Stiftungen oder sogenannten „Sonder-

konten“ wieder. Deren Zahl wuchs im Laufe der Jahre seit 1919 so stark an, daß bis zum Beginn der 50iger Jahre bereits nahezu 100 unselbständige Stiftungen mit Zweckbestimmungen für alle erdenklichen Bereiche der Universität vorhanden waren. Dabei handelte es sich sowohl um Grundstockstiftungen wie auch um Zuwendungen, deren Kapital nicht erhalten werden mußte, sondern unmittelbar zur Förderung des universitären Zwecks eingesetzt werden konnte. Allen war jedoch gemeinsam, daß sie im Hinblick auf die zweckentsprechende Verwendung der Erträge oder Kapitalien der Verwaltung der Universität oblagen.

Zum Teil handelte es sich in einzelnen Fällen um wertmäßig sehr geringe unselbständige Stiftungen, die durch ihre Vielzahl einerseits einen erheblichen Verwaltungsaufwand wegen der Überwachung von Zweckbestimmungen, der Mittelverteilung und der Bestandspflege verursachten, andererseits aber durch die teilweise geringe Kapitalausstattung gar keine effiziente Zweckbegünstigung zuließen.

Aus diesen Gründen wurde dem Verwaltungsausschuß im Jahr 1956 durch den Kanzler der Vorschlag unterbreitet, im Interesse einer rationellen Abwicklung alle diese Stiftungen und Zuwendungen entsprechend der ursprünglichen Zweckbestimmung der Stiftungsgeber zu einem Stiftungssammeldepot zusammenzufassen. Die gesamten Vermögensbestände wurden danach in der Verwaltung der Universität zu Köln einheitlich betreut und die jährlichen Erträge prozentual zu den jeweiligen Kapitalanteilen der einzelnen Zweckvermögen ausgeschüttet. Nur etwa acht große Stiftungen wurden wegen bestimmter Eigenheiten seinerzeit nicht in das damit geschaffene Stiftungssammeldepot einbezogen.

Erst in einem weiteren Schritt im Jahre 1967 wurden auch das Stiftungssammeldepot sowie die weiteren bis dahin nicht unter diesem Dach verwalteten restlichen Einzelstiftungen zum Allgemeinen Stiftungsfonds der Universität zu Köln mit einem namhaften Grundstockkapital zusammengefaßt.

Im Laufe der Jahre wuchsen der Universität zu Köln bis heute zahlreiche weitere große Stiftungskapitalien zu, die alle als Bestandteile des Vermögens der Universität zu Köln als Körperschaft im Körperschaftshaushalt zusammengefaßt und ausgewiesen sind. Wie das Landesvermögen dient es ebenso wie die daraus erwirtschafteten Erträge der Erfüllung von Aufgaben unserer Hochschule. Damals wie heute ist jedoch anhand der Stiftungsamen abzulesen, daß immer noch die enge Verbindung zwischen Kölner Bürgern und ihrer Universität besteht. Namen wie Maria Pesch, Kurt Alder oder Hans Imhoff sind hierfür sicherlich sehr eindrucksvolle Beispiele.

Geschichte

Bearbeitet von Walburga Wolters und Meike Hauser

Langjährige Mitarbeiter der Universitätsverwaltung werden sich sicherlich an die 600-Jahr-Feier der Universität im Jahre 1988 erinnern. Damals wurde der Gründung der Universität zu Köln im Jahr 1388 gedacht. Diese Feier liegt nun schon einige Zeit zurück und so manchem wird von den Ereignissen in der hochmittelalterlichen Gründungsphase vielleicht nicht mehr als das Datum in Erinnerung geblieben sein. Und auch diejenigen, die der Universität noch nicht so lange angehören, werden sich möglicherweise auch schon gefragt haben, wie sich wohl aus den Anfängen der deutschen und der europäischen Hochschullandschaft im ausgehenden Mittelalter die moderne Universität der Gegenwart entwickelt haben mag. Für alle, die an der Historie ihres Arbeitsplatzes interessiert sind, sollen mit Beginn in dieser Ausgabe von „mit uns“ in insgesamt sieben Folgen möglicherweise bestehende Wissenslücken geschlossen und über die Geschichte der Universität zu Köln von den Anfängen bis in die Gegenwart berichtet werden. Im Mittelpunkt steht in dieser Ausgabe die Entstehung der Universität im Spätmittelalter bis zu ihrer Blütezeit im 15. Jahrhundert. Der Blick fällt dabei auch auf die Rolle, die der Stadt Köln bei der Gründung zuteil geworden ist. Und natürlich geht es auch um die Bedeutung von Albertus Magnus und anderen mittelalterlichen Gelehrten bei der Entstehung der Universität¹

Die Entstehung der europäischen Universitäten im ausgehenden Mittelalter

Seit dem Hochmittelalter vollzieht sich in Europa ein grundlegender Strukturwandel gesellschaftlicher, ökonomischer und geistiger Art. Eine Verstärkung setzt ein; Handel, Produktion und Verwaltung blühen auf und bilden neue urbane Schichten aus. Auch das geistige Leben verändert sich. Das Interesse an wissenschaftlicher Erkenntnis wächst und bringt eine steigende Zahl von Gelehrten und Studenten hervor, die sich nach und nach in eigenen Lehrstätten zusammenschließen. Diese nach Fächern unterschiedenen Einrichtungen wachsen im Laufe der Zeit zusammen. Sie werden zunächst als *studium generale*, später als *universitas* bezeichnet. Im Unterschied zu den antiken Akademien oder orientalischen Hochschulen haben diese ersten europäischen Universitäten – unter dem Einfluss der Scholastik – erweiterte Lehrpläne und neue Lehrmethoden. Je nach Größe der Generalstudien sind neben der Artes-Fakultät² Theologie, Jurisprudenz und/oder

Medizin als Fachwissenschaften vertreten. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des europäischen Universitätswesens sind die ersten, im 11. bis 13. Jahrhundert entstandenen Universitäten, allen voran Paris.³

Gründung der Universität zu Köln im Jahre 1388

Mit der Universität zu Köln wurde im Jahre 1388 die vierte Universität im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation – nach Prag (1348), Wien (1365) und Heidelberg (1386) – gegründet. Papst Urban VI. unterzeichnete am 21. Mai 1388 in Perugia die Stiftungsurkunde.⁴ Die Initiative dafür war erstmals nicht von einem geistlichen oder weltlichen Regenten ausgegangen, sondern vom Magistrat Kölns, der im damaligen Reich größten mittelalterlichen Stadt. Am 6. Januar 1389, dem Dreikönigstag, wurde das Generalstudium feierlich eröffnet. Daran erinnern im großen Universitätssiegel die Darstellung der Hl. Drei Könige, die Maria mit dem Kinde begrüßen (als Verbindung des lokalen Patronats der Wissenschaft mit der damals häufig von deutschen Universitäten in Anspruch genommenen Schutzheiligen) sowie das Wappen der Stadt Köln.

Ganz entscheidend für die Entwicklung des damaligen Bildungswesens und die Entstehung der Universitäten war die Schultradition der Klöster und Orden, die weitestgehend das Bildungsmonopol innehatten. In Köln waren es vor allem die Bettelorden der Dominikaner, Franziskaner, Karmeliter und Augustiner. Hoch angesehen wegen seiner berühmten Lehrer war das 1248 in Köln von Albertus Magnus (um 1200-1280) eingerichtete Generalstudium der Dominikaner. Neben Albert, der als Universalgelehrter galt, unterrichtete in Köln zeitweise auch sein bedeutendster Schüler, Thomas von Aquin (1225-1274), der später in Paris lehrte und dessen Werk aristotelische Philosophie und christliche Theologie zusammenführte und das scholastische Denken über mehrere Jahrhunderte bestimmte. Ein berühmter Vertreter des Kölner Franziskaner-Generalstudiums aus dem 14. Jahrhundert ist Johannes Duns Scotus (etwa 1270-1308), der seine Studien in Oxford mit dem Magister in allen Wissenschaften abgeschlossen hatte und in seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Werk



der Universität



Thomas von Aquins zu den scharfsinnigsten Vertretern der Hochscholastik zählt. Großen Einfluss auf das spätmittelalterliche Denken hatte auch der in Köln lehrende Dominikaner Meister Eckhart (etwa 1260-1328), der bedeutendste deutsche Mystiker.

Die vier Fakultäten der Universität zu Köln

Die Universität zu Köln wurde nach dem Vorbild der Universität Paris eingerichtet, von der auch die Mehrzahl der Kölner Gründungsprofessoren stammte.⁵ Wie in Paris wurde mit vier Fakultäten begonnen – der Theologischen, Juristischen, Medizinischen und der Artistenfakultät. Die Artes-Fakultät bot ein auf die septem artes liberales ausgerichtetes (Grund-)Studium mit dem Ziel einer breiten Allgemeinbildung. Der erfolgreiche Abschluss in der Artes-

Fakultät (Bakkalar oder Magister) blieb über das Mittelalter hinaus fast durchgängig die Voraussetzung für das Studium an einer der fachwissenschaftlichen (höheren) Fakultäten: Jurisprudenz, Theologie oder Medizin.

Köln begann mit für damalige Verhältnisse beeindruckenden Zahlen: 21 Lehrer (Magistri) konnten bereits im ersten Jahr den etwa 700 Immatrikulierten ein umfassendes Lehrprogramm bieten. Ein eigenes Universitätsgebäude war damals noch nicht üblich. Das Kapitelhaus des Domes und die Ordenshäuser im näheren Umfeld wurden für Lehrveranstaltungen genutzt. Die Vorlesungen wurden an den Domtoren angekündigt; im Dom fanden auch die feierlichen Promotionen und Disputationen statt. Die Scholaren, vor allem die jüngeren der Artes-Fakultät, waren internatsmäßig in Bursen untergebracht.

Das 15. Jahrhundert- die Blütezeit der Universität

Die Gelehrten und Scholaren des 14. und 15. Jahrhunderts zeichneten sich durch eine hohe geistige wie auch örtliche Mobilität aus. Die Bedeutung Kölns als Metropole begünstigte die Entwicklung der Universität. Die Zahl der Professoren und Studenten wuchs schnell heran, im 15. Jahrhundert hatte Köln jährlich etwa 1000 Studenten und zählte zu den großen und bedeutenden Hochschulen Europas. Die meisten Studierenden kamen aus dem Rheinland, Westfalen und den Niederlanden. Ferner fanden sich Studierende aus England, Schottland und den skandinavischen Ländern sowie aus Portugal, Italien und Ungarn ein. Das Ansehen der Universität gründete sich vor allem auf die Theologische und Juristische Fakultät. Kölner Theologen und Juristen wurden zu neuen Universitätsgründungen als Gutachter und Berater hinzugezogen. Die Theologische Fakultät erstellte wichtige Expertisen im Kirchenstreit und in Kirchenreformfragen, sie genoss internationalen Ruf. Die Juristische Fakultät lehrte als erste und für lange Zeit einzige in Deutschland neben dem damals verbreiteten Kirchenrecht (kanonisches Recht) auch Römisches Recht (weltliches Recht).

Scholastik und Humanismus

Die philosophische Diskussion des Spätmittelalters bis in die Neuzeit wurde bestimmt durch den sog. Universalienstreit der No-

minalisten und Realisten⁶. Bevorzugten die europäischen Universitäten, z. B. Paris, zunächst den Nominalismus, so setzte Mitte des 15. Jahrhunderts eine Gegenbewegung ein, in der Köln eine maßgebliche Rolle spielte. Der Kölner Realismus strahlte auf viele andere Neugründungen aus, vor allem auf Löwen, das sein gesamtes erstes Lehrpersonal aus Köln bezog. Im weiteren Verlauf dieses Streits verliert die Kölner Universität jedoch an Ansehen. Das Festhalten vor allem der Ordenstheologen an der scholastischen Tradition verhindert eine Öffnung zum erstarkenden Humanismus mit dem neuen sprachlich-literarischen Bildungsansatz. Doch auch in Köln setzte sich schließlich der Humanismus durch, vor allem über die Bursen. Der Humanismus entdeckte die konkrete Lebenswelt wieder, wie sie vor allem in der antiken Literatur und Kunst zum Ausdruck kommt (Renaissance). Diese Säkularisierung des Denkens setzt sich während der Reformation fort und erlebt ihren endgültigen Durchbruch in der europäischen Aufklärung, die eine neue Entfaltung der Wissenschaften, verbunden mit grundlegenden Bildungsreformen, einleitet.

¹ Die folgende Darstellung stützt sich insbesondere auf die Ausführungen von Erich Meuthen, *Kleine Kölner Universitätsgeschichte*, hrsg. vom Rektor der Universität zu Köln, Köln 1998 und Rainer A. Müller, *Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule*, München 1990.

² Die Fakultät lehrte die septem artes liberales (die »sieben freien Künste« als die dem »freien Mann« zustehende Bildung). Sie bestanden aus dem Trivium Rhetorik, Grammatik und Dialektik (Logik) sowie dem Quadrivium Geometrie, Astronomie, Arithmetik und Musik. Die Lehrpläne der antiken Artes wurden immer wieder neu ausgelegt und umgestaltet. Die aus der Dialektik/Logik entwickelte Philosophie genoss besondere Bedeutung, was später zur Umbenennung der Artes-Fakultät in philosophische führte.

³ Die älteste, Bologna, existierte bereits im 11. Jahrhundert. Paris entstand Mitte des 12. Jahrhunderts, Oxford und Cambridge in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Im damaligen deutschen Raum setzten die Universitätsgründungen erst ab Mitte des 14. Jahrhunderts ein.

⁴ Für die Errichtung eines Generalstudiums war damals die kirchliche oder kaiserliche Zustimmung von zentraler Bedeutung, weil angesichts der territorialen Zergliederung allein Papst und Kaiser über universell angelegte Titel verfügten und daher das wichtigste Sonderrecht der Universitäten, das Recht, an jeder anderen Universität zu lehren (licentia ubique docendi) zuerlangen und damit die europaweite Anerkennung der Magister- und Doktorgrade garantieren konnten.

⁵ Viele Magistri und auch Studenten kamen ferner aus Heidelberg, wo eine Pestepidemie den Lehrbetrieb beendet hatte.

⁶ Die Grundfrage war: Hat das Allgemeine reale Existenz (so die Realisten in der Tradition von Albertus Magnus und Thomas von Aquin) oder existiert es nur in Begriffen, den Nomina (so die Nominalisten nach Wilhelm von Ockham)?

40 Jahre Leb

Ich erinnere mich noch genau daran, wie es damals war, als ich am 1.4.1961, im zarten Alter von 14 Jahren, meine Lehre als Feinmechaniker im I. Physikalischen Institut der Universität zu Köln begann. Die Räumlichkeiten befanden sich damals noch im alten Lufthansgebäude in der Claudiusstrasse. Das technische Personal, bestehend aus dem damaligen Werkstattleiter, Herrn Willi Gerken, drei Gesellen, einem Glasbläser und zwei Lehrlingen, betreute aus einem finsternen Loch heraus ca. 20 Wissenschaftler.

Die meisten Maschinen wurden damals noch über eine Transmission angetrieben, d.h. an der Decke der Werkstatt befand sich eine Welle, die von einem großen (und vor allem lauten) Elektromotor angetrieben wurde. Über breite Flachriemen wurde dieser Antrieb dann zu den einzelnen Dreh-, Fräs- und Bohrmaschinen geleitet. Manche Drehmaschinen, die noch nicht über so 'fortschrittliche' Technik verfügten, hatten sogar noch Pedalantrieb, ähnlich wie man es wohl noch von den Nähmaschinen aus Großmutterns Zeiten kennt. Werkzeuge waren fast unerschwinglich teuer, so dass Drehmeißel, Gewindebohrer oder Zapfenskerker selbst hergestellt wurden.

Die Geräte für die damalige Forschung auf dem Gebiet der Massenspektroskopie unter Herrn Prof. Kirchner wurden – aus heutiger Sicht undenkbar – vornehmlich aus Messing hergestellt. Edelstahl konnte eben mit solchen Werkzeugen und Maschinen nicht bearbeitet werden.

1968 erfolgte dann der Umzug ins „Paradies“ der neu erbauten physikalischen Institute an der Zülpicher Strasse. Helle, große Räu-



Die Werkstatt in der Claudiusstrasse...

...und in der Zülpicherstrasse.



en mit der Forschung

von Matthias Mondt

me – die noch leere Werkstatt erinnerte mit dem frisch geschliffenen Parkettboden eher an einen Tanzsaal – und vor allem ein moderner Maschinenpark.

1987 holte mich der Institutsdirektor, Herr Prof. Winnewisser, vom Physiologischen Institut der Uni Bonn, wohin ich 1973 gewechselt war, wieder zurück nach Köln. Dies war ein Schritt, den ich nie bereut habe. Inzwischen besteht unser Team des technischen Personals im I. Physikalischen Institut aus drei Meistern, 15 Gesellen und neun Auszubildenen.

Mit den Anforderungen stieg auch die moderne Ausstattung der Werkstatt, die heute neben den üblichen manuellen Maschinen über drei computergesteuerte Fräsmaschinen und eine CNC Drehmaschine verfügt.

Die heutige Forschungstätigkeit liegt auf dem Gebiet der Radioastronomie, wobei wir im internationalen Vergleich eine gute Position einnehmen. Apparaturen aus unserem Institut finden sich außer in dem von uns betriebenen Observatorium auf dem Gornergrat (Zermatt/Schweiz) auf der ganzen Welt (so etwa in Sternwarten am Südpol, in Chile, auf Hawaii, in Arizona oder Japan). Darüber hinaus versieht seit 1998 ein im Haus entwickeltes und gebautes Spektrometer zuverlässig seinen Dienst auf dem NASA-Satelliten SWAS im Orbit.

Die dafür notwendigen Technologien, die Genauigkeiten von weniger als 5/1000 mm verlangen (zum Vergleich: ein menschliches Haar ist ungefähr 60 mal dicker), wurden in enger Zusammenarbeit mit den Physikern im Haus entwickelt. Diese Zusammenar-

beit ist dabei nicht zuletzt der Notwendigkeit einer intensiven fachlichen Betreuung junger Wissenschaftler zu danken.

So sehe ich auch mit einiger Sorge den zunehmenden Tendenzen einer Zentralisierung der Werkstätten in den Instituten entgegen. Nicht zuletzt aus meiner Erfahrung an der Uni Bonn, die eine solche Zentralwerkstatt seit den frühen 70er Jahren unterhält, und unseren vielfältigen Kontakten zu nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen, kann ich sagen, dass die Qualität von Forschung und Lehre auf dem z.Zt. bestehenden hohen Niveau dann nicht mehr gehalten werden kann. Gerade der enge Kontakt zu den Wissenschaftlern und damit die hohe Flexibilität im Umgang mit den auftretenden Problemen, ermöglichen erst die erwie-senermaßen erfolgreichen Projekte, was nicht zuletzt durch die fortlaufend gewährten Sonderforschungsbereiche eindrücklich bestätigt wird.

Für die nähere Zukunft stehen neben dem aktuellen SFB 494 'Entwicklung der interstellaren Materie, Terahertzspektroskopie in Weltall und Labor' weitere nationale und internationale Projekte auf dem Plan, so etwa der Satellit FIRST oder SOPHIA, ein zum Observatorium umgebauter Jumbo-Jet.

Zwischendurch wird dann auch noch 'mal eben' unser Institut saniert, der Praktikumsbetrieb aufrecht erhalten und der alltägliche Kleinkram abgewickelt – aber ich weiss, dass ich mich auf unser Team im Haus verlassen kann, und so bin ich noch jeden Tag gerne hier – auch nach 40 Dienstjahren...

Das 3m KOSMA Radioteleskop der Universität Köln auf dem Gornergrat.



SWAS – seit 1998 im All

Der Satellit FIRST entsteht zur Zeit in Zusammenarbeit mit der ESA



Die Amundsen-Scott Südpolstation

Ideenwett

Von Dr. Kirsten Mallossek

Zu einer Feier ganz eigener Art kamen am 12.7.2001 Studierende sowie Vertreter der Fachhochschule Köln, der Stadt Köln und des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW in der Kanzlergalerie der Universität zusammen. Gemeinsam mit dem Rektor und dem Kanzler ehrten sie die Gewinner eines Studierendenwettbewerbs für die Planung eines Studierenden-Service-Centers auf dem Südhof unserer Universität.

Ziel des unter den Studierenden der Fachhochschule Köln ausgetobten Ideenwettbewerbs war es, das städtebauliche und stadtplanerische Potential des circa 6.000 qm großen Geländes aufzuzeigen. Das Parkhaus muß aus baulichen Gründen mittelfristig abgerissen werden; die Lage des Grundstücks in unmittelbarer Nachbarschaft des Hauptgebäudes und des Albertus-Magnus-Platzes ist geradezu optimal, um hier einen neuen Mittelpunkt studentischen Lebens zu installieren. Die Nähe zum denkmalgeschützten Hauptgebäude stellt eine besondere architektonische Herausforderung für einen (angehenden) Architekten dar.

Die Universität wünscht sich schon seit Jahren ein Studierenden-Service-Center. Hinter diesem Begriff steht ein den studentischen Belangen dienendes Gebäude, das u.a. die Studienberatung, das Studierendensekretariat und das Akademische Auslandsamt beherbergen soll.

Bislang müssen die Studierenden weite Wege auf sich nehmen, um zu den einzelnen Beratungseinrichtungen zu gelangen. Dies ist insbesondere für die Studienanfänger schlimm, die sich an der Hochschule noch nicht auskennen und sich daher mühsam durchfragen müssen. Ferner sind die Wartezonen nicht so ausgelegt,

daß sie dem Andrang der Studierenden gewachsen wären. Zu Semesterbeginn berichtet die Kölner Presse alle Jahre wieder von enormen Warteschlangen, die sich vor dem Studierendensekretariat aufgebaut haben, um die Einschreibung vornehmen zu können. Und diese Schlangen wären noch länger, würden die Mitarbeiter in den Spitzenzeiten nicht erhebliche Mehrarbeit leisten und gäbe es mittlerweile nicht die Möglichkeit der schriftlichen Immatrikulation. Ein neues Gebäude mit funktional aufeinander abgestimmten Servicebereichen würde den Empfang an der Universität zu Köln und damit den ersten Eindruck der Studienanfänger von ihrer Universität verbessern.

Das neue Studierenden-Service-Center hat aber auch Bedeutung für die internationale Präsentation der Universität zu Köln und damit auch der Stadt Köln. Die ausländischen Studierenden, deren Beratung derzeit unter fast unhaltbaren Zuständen in den viel zu kleinen Räumlichkeiten des Akademischen Auslandsamtes stattfindet, nehmen diesen schlechten Eindruck mit in ihr Heimatland. Das staatliche Studienkolleg ist gar in umgebauten Räumen eines alten Möbellagers untergebracht – idyllisch circa 2 km entfernt vom Hauptgebäude am Stadtwald gelegen. Will die Universität im Wettbewerb mit anderen Universitäten auch weiterhin den qualifizierten ausländischen Studierenden gewinnen, so muß sich an diesen Zuständen etwas ändern.

Es gibt noch eine Vielzahl von Bereichen, die derzeit höchst unglücklich über die Fläche der Universität verteilt sind und die richtigerweise in dem neuen Studierenden-Service-Center Räumlichkeiten erhalten sollen. Zu nennen sind da beispielsweise Beratungsstellen für behinderte und chronisch kranke Studierende, die

Die Preisverleihung beim Ideenwettbewerb erfolgte durch Rektor Prof. Dr. Küpper und Kanzler Dr. Neyses anlässlich einer kleinen Feierstunde, in der die gelungenen Entwürfe vorgestellt wurden



bewerb

Koordinierungsstelle für das Gasthörer- und Seniorenstudium oder die Gleichstellungsbeauftragte.

Insgesamt soll eine Hauptnutzfläche von 15.000 qm errichtet werden. Dabei sollen die Flächen, die aus Finanzierungsgründen nicht unmittelbar durch die Universität genutzt werden können, für eine universitätsnahe Nutzung bereit gestellt werden. Gedacht ist beispielsweise an Weiterbildungseinrichtungen oder nicht universitäre Studierendenberatungseinrichtungen. Konkret ist eine Kooperation mit dem Studienwerk der Steuerberater in NRW geplant, die allwöchentlich am Wochenende Vorlesungen im WiSo-Trakt der Universität abhalten, um Absolventen unserer Universität auf die Steuerberaterprüfung vorzubereiten.

Das Projekt „Studierenden-Service-Center“ hat Anfang diesen Jahres einen neuen Schub erhalten. Im Februar trafen sich Vertreter der Stadtspitze und der Universitätsleitung, um städteplanerische und bauordnungsrechtliche Fragen zu besprechen. Im Anschluß an dieses Gespräch folgte im April die Auslobung des Studierendenwettbewerbs. In diesem Zusammenhang ist dem Dekan des Fachbereichs Architektur der Fachhochschule Köln, Herr Dipl.-Ing. Professor Dr. Hempel und insbesondere dem Lehrstuhlinhaber für Bau- und Stadtgeschichte, Herrn Dipl.-Ing. Professor Dr. Werling, sehr für ihr hohes persönliches Engagement und ihren Zeiteinsatz bei der Ausrichtung des Wettbewerbs zu danken.

Insgesamt wurden 14 Arbeiten eingereicht. Die Vielfalt der eingereichten Modellvorschläge zeigt den Ideenreichtum und die Kreativität, mit der die Studierenden die Aufgabe angegangen sind. Die drei siegreichen Arbeiten haben jede für sich einen anderen Bau-

körper gewählt und sprechen den Betrachter städtebaulich gleichsam positiv an.

Mit seinem Siegermodell greift Daniel Debbrecht den Planungsentwurf des Stadtbaumeisters Adolf Abel (1882-1968) und Erbauers des Hauptgebäudes auf, der als Erweiterung der Universitätsbücherei auf dem Gelände einen sechzehngeschossigen Bücherturm geplant hatte.

Gut gelungen ist auch der Entwurf der Zweitplatzierten Susanne Rube, Ingrid Maria Schneider und Nicole Heinen. Das aus zwei U-förmigen Baukörpern zusammengefügte Gebäude mit einer prägenden Galeriezone nimmt die vorherrschende Blockstruktur der Umgebung auf, ist funktionell aufgeteilt und gut erschlossen. Die Entscheidung zwischen Erst- und Zweitplatzierten fiel den Preisrichtern nicht leicht.

Städtebaulich besonders überzeugt hat der im übrigen minimalistische Entwurf der Drittplatzierten Uta Tapphorn. Ihre Vorstellung von zwei winklig und zueinander versetzten Baukörpern schafft einen Platzcharakter, der sich zu einem neuen Mittelpunkt studentischen Lebens entwickeln könnte.

Mit den Ergebnissen des Studierendenwettbewerbes wird nun weitergearbeitet. Das Raum- und Funktionsprogramm wird verfeinert, die bauordnungs- und bauplanerischen Vorgaben endgültig festgelegt. Die Siegermodelle sollen Grundlage für die Ausschreibung eines Investorenwettbewerbs im Herbst diesen Jahres sein. Ein konkretisierendes Gespräch mit Vertretern der Stadt Köln ist bereits im Anschluß an die Preisgerichtssitzung geführt worden. Es wäre schön, wenn im Wintersemester 2001/2002 noch die Bagger anrollen würden und im Jahre 2003 der Einzug in das neue Studierenden-Service-Center gefeiert werden könnte.

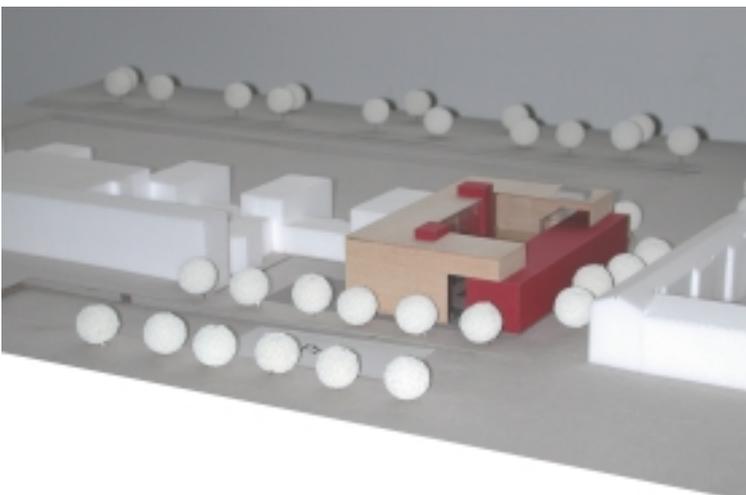


Foto-Wettbewerb

Das Siegerfoto ist prämiert! Es ist ein Foto aus der Glasbläserei der Universität, die Sie schon in einer der letzten Ausgaben in einem Beitrag kennengelernt haben. Thomas Klinger, Meister in der Glasbläserei, hat das prämierte Foto eingesandt. Es stellt seine Kollegin Christina Meier bei der Arbeit dar. Das Bild wurde mit einer Minolta 300xi und einem Minoltaobjektiv 28-70 mm bei Blende 5,6 und einer Zeit von 1/90 sec. aufgenommen und durch ein Glasrohr fotografiert. Auch wenn die Zahl der eingesendeten Fotos vom Arbeitsplatz Universität nicht unseren Erwartungen entsprach, freuen wir uns doch, daß wir dieses herausragende und außergewöhnliche Foto prämiieren können.



Infos

BETRIEBSFEST

Um den Unkostenbeitrag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht über 30 DM ansteigen zu lassen, wurde beschlossen, nicht wie ursprünglich geplant in diesem Herbst in den Dortmunder Westfalenpark zu fahren, sondern im Frühjahr ein Familien- und Sportfest auf dem Gelände der Universität auszurichten. Über Vorschläge und Anregungen zur Ausgestaltung und Organisation dieses Festes freut sich Frau Dr. Mallossek.

Joshua Klindtworth

UNI KÖLN IN ARBEITSGRUPPE DES DAAD BERUFEN

Frau Dr. Christiane Wille, Abteilung 12, Internationale Beziehungen (Akademisches Auslandsamt), ist als Mitglied in die Arbeitsgruppe des DAAD zur „Einrichtung einer Akademischen Prüfstelle in China“ berufen worden. In dieser Arbeitsgruppe sind neben der Universität zu Köln nur zwei weitere Auslandsämter vertreten, Bonn und Bielefeld. Die Arbeitsgruppe wird von Herrn Dr. Bode, Generalsekretär des DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst), geleitet.

UNI KÖLN IN AUSWAHLKOMMISSION DES DAAD VERTRETEN

Frau Dr. Wille wird die Universität zu Köln auch in der Auswahlkommission des DAAD zur „Aktion des DAAD gegen ausländischerfeindliche Tendenzen“ vertreten. In dieser Kommission ist nur das Akademische Auslandsamt der Universität zu Köln vertreten.

LESERBRIEF

DAS NEUE WEGELEITSYSTEM

Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel zum Thema „Gebäudekennzeichnungs- und Wegeleitsystem“ in der letzten „mit uns“ gelesen. Wieder ein Beweis für die wirkliche Notwendigkeit, ein - zudem so schön gemachtes - Kommunikationsmittel zu haben, ist dieser Artikel. Er regt mich natürlich an, Ihnen mitzuteilen, daß trotz und gerade wegen der großen Außenwirkung der Studiobühne sowohl beim universitären als auch beim aus der Stadt und Region stammenden Publikum der Studiobühne große Orientierungsprobleme nicht selten sind, wovon zahllose Anrufe bei uns zeugen. Zumindest vom Hauptgebäude zur Studiobühne und von den KVB-Haltestellen wären Hinweisschilder sehr wünschenswert. Georg Franke (Studiobühne)

INFO-MARKT IM PERSONALDEZERNAT

Am 25.7.2001 fand eine Informationsveranstaltung für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Personaldezernats zum Projekt „Teamstrukturen – Voraussetzungen, Möglichkeiten, Grenzen“ statt. Das Projekt „Teamstrukturen im Personaldezernat“ ist eines von mehreren Projekten, das im Rahmen des umfangreichen Reorganisationsprojekts der Verwaltung angegangen wird und das nun in eine konkrete Phase treten soll. Nach einer kurzen Begrüßung durch die kommissarische Vertreterin des Kanzlers, Frau Gabriel, wurden Informationen zum Thema „Geschichte des Projektes“, „Ziele des Projektes“, „Pilotphase als Experiment“, „Rahmenbedingungen“ und „Pro und Contra von Teamarbeit“ mit Hilfe von sog. Info-Tafeln und einer kurzen Einführung zum Thema gegeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihre Bedenken und Anregungen zum Projekt und zum weiteren Vorgehen geäußert und zahlreiche wichtige Vorschläge gemacht. Sehr positiv war die konstruktiv kritische Haltung in dieser bedeutenden Sache. Als erstes Resümee der Veranstaltung kann festgehalten werden, daß die Einbeziehung und Information aller betroffenen Mitarbeiter eine Grundvoraussetzung für das Gelingen des Reorganisationsprojektes ist.

An dieser Stelle soll auch noch einmal Bezug genommen werden auf den Beitrag „Qualitätspakt, Expertenrat...“ in der letzten Ausgabe. Darin war gesagt worden, daß an der Umsetzung der Organisationsuntersuchung durch die Unternehmensberatung A.T. Kearney zur Zeit intensiv gearbeitet werde. Einzelne Teilprojekte des gesamten Reorganisationsprojektes sind tatsächlich bereits umgesetzt worden bzw. befinden sich gerade in der Umsetzungsphase. In Bezug auf das Projekt „Teamstrukturen in der Personalverwaltung“ sind die einzelnen Umsetzungsschritte und Rahmenbedingungen dagegen noch nicht beschlossene Sache. Der Info - Markt vom 25.7.2001 war hierfür ein wichtiger Meilenstein. I. Hannecke-Schmidt

Wir gratulieren

Frau Doris Dinsing, Abteilung 41, zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Frau Brigitte Klein, Dekanat Heilpädagogische Fakultät, zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Frau Iris Malmedy-Pecha, Institut für das Recht der Europäischen Gemeinschaften, zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Frau Hanna Mansi-Woitke, Institut für Genetik, zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Herrn Werner Siepmann, Stelle 02 – Justitiariat –, zum 25-jährigen Dienstjubiläum

